



**Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und Senioren**

Ansprechpartner: Frau Kutzer

Telefon: (0221) 221-27467
Fax : (0221) 221-29047
E-Mail: claudia.kutzer@stadt-koeln.de

Datum: 11.03.2009

Auszug

aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 05.03.2009

öffentlich

4.1 Soziale Wohnraumförderung 2008 und Ausblick auf 2009 5794/2009

Frau Schultes erklärt, die Tatsache, dass nur 38 Wohnungen auf städtischen Grundstücken errichtet werden, erscheine der SPD-Fraktion sehr wenig. Sie regt daher an, diese Mitteilung auch dem Liegenschaftsausschuss vorzulegen.

Frau Schultes hält es für wichtig, darüber nachzudenken, vermehrt städtische Grundstücke zu Verfügung zu stellen, um die angestrebte Zahl von 1.000 öffentlich geförderten Wohnungen pro Jahr erreichen zu können.

Herr Ensmann merkt an, die Förderrichtlinien seien zu einem ungünstigen Termin verändert worden. Durch diese Veränderung der Richtlinien sei die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen, deren Zielzahl 1.000 ohnehin noch nie erreicht werden konnte, nochmals rückläufig gewesen und liege für das Jahr 2008 unter 500.

Herr Ensmann fragt, ob es realistisch sei, dass vor diesem Hintergrund in 2009 ca. 1.500 öffentlich geförderte Wohnungen erreicht werden können.

Herr Ensmann bittet weiter um Auskunft darüber, wie sich das Wärmeeinsparungsgesetz und die Energieeinsparverordnung auf Investoren und Mieter auswirken werden.

Herr Ludwig erklärt, davon ausgehend, dass die Förderrichtlinien nicht wieder zum 01.01.2010 geändert werden, sei die Verwaltung zuversichtlich, 2009 die Zahl von ca. 1.500 öffentlich geförderten Wohnungen erreichen zu können.

Zu den beiden Verordnungen im Bereich Energie liege inzwischen unter TOP 8.2.4 eine schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vor, die die Verwaltung zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren ausführlich beantworten werde.

Herr Kluth fragt, ob bereits jetzt bekannt sei, dass neben den bisher bekannten Investoren auch weitere Investoren Anträge stellen wollen.

Frau Bredehorst betont, die angestrebte Zahl von 1.000 Wohneinheiten wäre bereits im letzten Jahr erreicht worden, wenn es nicht kurzfristig diese Richtlinienänderung gegeben hätte. Die Verwaltung gehe davon aus, dass in 2009 Investoren für 1.000 neue öffentlich geförderte Wohnungen gefunden werden können. Insofern bedarf es keiner besonderen Anstrengung der Verwaltung.

Herr Helling bittet vor dem Hintergrund der gerechten Verteilung der knappen, preisgünstigen Wohnungen in Köln um Auskunft darüber, ob es möglich sei, zu ermitteln, in welchem Umfang es preisgünstige geförderte als auch nicht geförderte Wohnungen gebe.

Herr Ludwig verweist auf die geplanten Erhebungen des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik zu einer Faktenanalyse zum preiswerten Wohnungsbau. Diese Analyse werde sich sowohl auf den freifinanzierten als auch den öffentlich geförderten Wohnungsbau beziehen. Die Verwaltung gehe davon aus, dass in der Mitte des Jahres alle Ergebnisse vorliegen werden. Damit sei auch eine sehr genaue Bestandsaufnahme über den preiswerten Wohnungsbau außerhalb des öffentlich geförderten Wohnungsbaus möglich.

Zu den baulichen Maßnahmen zur Reduzierung von Barrieren im Wohnungsbestand fragt Herr Ladenberger, ob dieses Angebot neu sei oder ob es bisher nur nicht angenommen wurde. Er bittet außerdem um Auskunft darüber, wie die Verwaltung auf dieses Angebot hinweise.

Herr Ludwig erklärt, die Fördermöglichkeit bei der Reduzierung von Barrieren im Wohnungsbestand gebe es schon seit ein paar Jahren. Dieses Angebot werde zurzeit jedoch nur bei selbstgenutztem Wohnungseigentum angenommen, nicht beim Mietwohnungsbau. Die Verwaltung wirke dem mit vielfältigen Imagekampagnen im öffentlich geförderten Mietwohnungsbau entgegen. Außerdem werde die Verwaltung die großen Wohnungsunternehmen gesondert anschreiben und auf dieses Angebot hinweisen.

Herr Kellner verweist auf die Aussage auf Seite 5, wonach geförderter Wohnungsbau oft dort entstehe, wo er bereits mit einer hohen Prozentzahl vorhanden sei. Herr Kellner betont, diese Entwicklung führe doch sicherlich zu einer starken Belastung dieser Stadtteile.

Frau Bredehorst widerspricht der Aussage, dass geförderter Wohnungsbau eine Belastung für einen Stadtteil sein sollte. Sie betont, ca. 40 % der Kölner Bevölkerung sei berechtigt, in gefördertem Wohnungsbau zu wohnen.

Herr Ludwig ergänzt, dass sich der Standard im öffentlich geförderten Wohnungsbau in den letzten Jahren vehement verändert habe. Daher könne man den öffentlich geförderten Wohnungsbau von heute nicht mehr mit den Hochhausanlagen früherer Tage gleichsetzen, die in einigen Stadtteilen noch vorhanden seien. Es werde heute nur noch 4-geschossig und überwiegend barrierefrei gebaut. Man befinde sich derzeit auf einem Weg, wo sich öffentlich geförderter von frei finanziertem Wohnungsbau kaum noch unterscheiden lasse.